



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Nordrhein-Westfalen-Programm 1975

Nordrhein-Westfalen / Landesregierung

Düsseldorf, 1970

4.18 Bildungsberatung

urn:nbn:de:hbz:466:1-8442

Die Landesregierung wird das Berufsgrundschuljahr zunächst als „Angebotsklasse“ einrichten. Bis 1975 sind für etwa 10 Prozent der in Betracht kommenden Schüler rund 880 Klassen vorgesehen.

Zusammen mit der neu eingeführten zehnten Klasse der Hauptschule als Angebot, die zur Mittleren Reife führt, bedeutet die Einrichtung des Berufsgrundschuljahres (Angebotsklasse) einen wichtigen Schritt zur allgemeinen zehnjährigen Vollzeit-schulpflicht.

Langfristiges Ziel

Allgemeine Einführung des Berufsgrundschuljahres mit Vollzeitunterricht.

Maßnahmen bis 1975

Einrichtung von Angebotsklassen des Berufsgrundschuljahres für rund 10 Prozent des jeweiligen Jahrganges (ohne die Besucher weiterführender Schulen).

Landesausgaben

im Programmzeitraum

110 Mio DM (Baukosten).

4.172

Berufliche Fachbildung

Die berufliche Fachbildung wird auch in Zukunft – nach dem Berufsgrundschuljahr – eine Verbindung von Teilzeitunterricht und berufspraktischer Ausbildung darstellen. Die Anteile von Berufsfachschulunterricht und betrieblicher Ausbildung sind stärker danach festzulegen, ob der jeweilige Beruf mehr den theoretischen Unterricht oder die Einübung praktisch-manueller Tätigkeit verlangt. Die Landesregierung wird im Zusammenwirken mit den Selbstverwaltungskörperschaften der Wirtschaft und mit den Sozialpartnern die Einzelheiten der neuen Abgrenzung von betrieblicher Ausbildung und Unterricht nach einzelnen Berufen und Berufsgruppen erarbeiten.

Die Berufsausbildung zeigt in Deutschland in den einzelnen Sparten ein beträchtliches Qualitätsgefälle. In einigen Bereichen, vor allem in großen Industriebetrieben, Betrieben der Bundesbahn und der öffentlichen Verwaltung, wird die Ausbildung mit systematischen Ausbil-

dungsgängen bereits erfolgreich betrieben. In einigen anderen Bereichen aber geschieht die Ausbildung noch unvollkommen. Auch regional, zwischen den ländlichen Gebieten und den Verdichtungsgebieten, in denen sich mehr und leistungsstärkere Ausbildungseinheiten finden, ist das Ausbildungsgefälle sehr stark.

Es soll angestrebt werden, daß die betriebliche Ausbildung in Zukunft grundsätzlich nur noch in geeigneten betrieblichen oder überbetrieblichen Lehrwerkstätten der Industrie und des Handwerks durchgeführt wird. Der Handwerkskammertag hat seinen Mitgliedern die überbetriebliche Ausbildung in großen, nach Handwerkszweigen gegliederten Ausbildungswerkstätten empfohlen. Um die Verwirklichung dieser Empfehlung zu beschleunigen, ist die Landesregierung bereit, mit den Spitzenorganisationen des Handwerks und der Industrie über die staatliche Förderung der Einrichtung solcher überbetrieblichen Ausbildungswerkstätten zu verhandeln. Im Bereich der Industrie sollte der Fortbestand von Ausbildungswerkstätten insbesondere von der Eignung der Betriebe und Ausbilder abhängen.

Langfristiges Ziel

Differenzierte Neuordnung des Verhältnisses von Berufsschulunterricht und betrieblicher Ausbildung nach allgemeiner Einführung des Berufsgrundschuljahres; Verbesserung der beruflichen Fachbildung durch Einrichtung überbetrieblicher Ausbildungswerkstätten des Handwerks und der kleinen und mittleren Industriebetriebe.

Maßnahmen bis 1975

Differenzierende Neuordnung der Anteile von Berufsschule und betrieblicher Ausbildung; Verhandlung des Landes mit den Spitzenorganisationen der Wirtschaft über die staatliche Förderung der Einrichtung überbetrieblicher Lehrwerkstätten.

Landesausgaben

im Programmzeitraum 20 Mio DM.

4.18

Bildungsberatung

Das zunehmende Unterrichtsangebot in den weiterführenden Schulen macht eine schulinterne Bildungsberatung notwendig, die über die Bildungsmöglichkeiten der differenzierten Schule, auch im Hinblick auf Studium und Beruf, informiert. Diesen Erfordernissen entspricht die Einrichtung einer bildungsbegleitenden Beratung innerhalb der Schule, insbesondere innerhalb der Gesamtschule. Die räumliche und organisatorische Einfügung der Beratung in die Schule ermöglicht den kontinuierlichen Kontakt mit dem einzelnen Schüler.

Beim Übergang in die Hochschule wird die Entscheidung für ein Studienfach immer stärker von den Vorstellungen bestimmt, die der Schüler in den letzten Jahren vor seinem Studienbeginn entwickelt. Die schulbegleitende Beratung informiert den einzelnen auch über die Möglichkeiten und Anforderungen des Hochschulbereichs. Sie verhilft damit dem Schüler zu einem realistischen Abwägen seiner Interessen und Chancen und ermöglicht die Wahl der in diesem Sinne richtigen Fächer schon in der Haupt- und Kollegstufe. Die schulbegleitende Beratung wird von Fachkräften wahrgenommen, die neben einem psychologischen und pädagogischen Grundwissen über einen Einblick in den Berufs- und Hochschulbereich verfügen. Die Stellen der schulbegleitenden Berufs- und Bildungsberatung arbeiten zusammen mit Presse, Rundfunk und Fernsehen. Bis 1975 sollen zunächst 150 Bildungsberater gewonnen werden.

Langfristiges Ziel

Schulbegleitende Bildungsberatung im ganzen Land.

Maßnahmen bis 1975

Einrichtung von Beratungsstellen an den Gesamtschulen und in allen großen Schulzentren; Einrichtung zentraler Beratungsstellen für die übrigen Schulen auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte.

Landesausgaben

im Programmzeitraum

13 Mio DM (Personalkosten).